

Nachdem StK Knabe den geänderten Haushaltssanierungsplan wie er dem Protokoll als Anlage beigelegt ist, erläutert hat, wird dieser von den Fraktionen und dem Bürgermeister wie folgt kommentiert:

Stv. Schulte beklagt die restriktiven Bedingungen des Stärkungspaktgesetzes und befürchtet weitere Steuererhöhungen und Einsparungen, wenn es nicht zu Änderungen kommt. Diese seien für ihn jedoch absehbar, weil die jetzigen Maßnahmen auf Dauer für alle unzumutbar seien. Er erklärt für die CDU-Fraktion, dem Haushaltssanierungsplan in der jetzigen Form nicht zuzustimmen; es erfolge Enthaltung.

Stv. Dr. Kahnis pflichtet Stv. Schulte weitgehend bei, allerdings sieht er verschiedene Entwicklungen auch in hier erfolgten Ratsentscheidungen begründet. Die finanzielle Ausstattung der Stadt Bergneustadt sei völlig unzureichend, während Kreis und Landschaftsverband nicht eingeschränkt werden. Die Grundsteuer B zum Haushaltsausgleich heranzuziehen belaste die Bürger außerordentlich und fördere Abwanderungstendenzen. Obwohl die Entscheidung zur Maßnahmenliste unter dem Druck des Stärkungspaktgesetzes schwerfalle, werde die FDP-Fraktion dieser trotz der Bedenken zustimmen.

Stv. Pütz spricht sich entschieden gegen den Stärkungspakt aus. Aus seiner Sicht komme es nicht zu einer Stärkung der Kommunen, sondern zum Ausverkauf. Die UWG/FWG-Fraktion werde dagegen stimmen.

Stv. Durmus begrüßt die Hilfen des Stärkungspaktgesetzes, hält dieses jedoch für noch nicht richtig ausgereift. Während hier die Belastungsgrenze erreicht sei, seien beim Kreis keine Sparbemühungen erkennbar; hier sollen alle Stadtverordneten auf ihre Kreistagsmitglieder einwirken. Sie werde die Maßnahmenliste ablehnen.

Stv. Krieger sieht auch gewisse Fehlentscheidungen in der Stadt, doch sollte nun versucht werden, die beste Lösung zu finden. Er hat die Hoffnung, dass das Land Änderungen am Stärkungspaktgesetz vornehmen werde und später evtl. andere Möglichkeiten zur Sanierung beständen. Er werde sich enthalten.

Stv. Stamm erklärt für die SPD-Fraktion, dass auch die Stadt über ihre Verhältnisse gelebt habe. Auch wenn es jetzt in vielen Punkten schmerzhaft sei, müsse gespart werden, um handlungsfähig zu bleiben; ein Beauftragter der Regierung sei für Bergneustadt keine gute Lösung. Auf den Kreis müsse eingewirkt werden, selbst zu sparen, um die Kreisumlage nicht wieder erhöhen zu müssen. Die SPD-Fraktion werde dem Sanierungsplan mehrheitlich zustimmen.

Stv. Haselbach bestreitet, dass die Bürger über ihre Verhältnisse gelebt haben. Er wehrt sich gegen solche Äußerungen und sieht die Belastungsgrenze der Bürger erreicht.

Bürgermeister Halbe weist darauf hin, dass er das Gesetz befolgen müsse, eine Verweigerung oder Ablehnung würde für die Stadt einen jährlichen Verlust von 1,8 Mio. Euro bedeuten. Der Haushaltsausgleich müsse ohnehin bis zum Jahr 2021 erfolgen. Er hoffe auf baldige Veränderungen, da anderweitig bereits 170 Klageverfahren gegen eine Verdoppelung der Grundsteuer B vorlägen. Das etwas am System nicht stimme, ist daran zu erkennen, dass keine einzige Kommune in NRW ihren Haushalt aus eigener Kraft ausgleichen könne. Hier sei die Kreisumlage höher als alle eigenen Steuereinnahmen; dies sei für den Bürger unverantwortlich.

Es ergeht folgender **Beschluss**:

Der Rat stimmt dem Haushaltssanierungsplan 2012 wie er dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, zu.